

ECONOMICS

PAUKENSCHLAG IN DEN USA: BIDEN TRITT ALS PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDAT ZURÜCK

Dr. Jörn Quitzau, 22.07.2024

- **US-Präsident Joe Biden zieht sich aus dem Rennen um die Präsidentschaftskandidatur 2024 zurück.**
- **Die Prognosemärkte preisen derzeit eine rund 80-prozentige Wahrscheinlichkeit, dass Vizepräsidentin Harris als Präsidentschaftskandidatin der Demokratin nominiert wird.**
- **Sowohl das Rennen um die Präsidentschaft als auch um die Mehrheitsverhältnisse in den beiden Kammern im Kongress bleibt weiterhin offen.**

Es hat sich in den letzten Wochen bereits abgezeichnet, doch nun ist es Gewissheit. US-Präsident Joe Biden tritt für die Wahl am 5. November 2024 nicht erneut an. Stattdessen werden die Demokraten wahrscheinlich Vize-Präsidentin Kamala Harris ins Rennen schicken. Die promovierte Juristin wuchs in Kalifornien auf. Von 2017 bis 2021 war Harris Senatorin für Kalifornien. 2019 stieg sie in das Rennen um die Präsidentschaftskandidatur bei den Demokraten ein. Nachdem ihre Sieg-Chancen wenig aussichtsreich waren, stieg sie aus der Präsidentschaftskandidatur aus und unterstützte Joe Biden als Herausforderer des damals amtierenden Präsidenten Donald Trump. Kamala Harris galt zu der Zeit als Hoffnungsträgerin der Demokraten und wurde als potenzielle Nachfolgerin von Joe Biden gehandelt. Es gab sogar Stimmen, die aufgrund des hohen Alters von Joe Biden eine geordnete Übergabe der Amtsgeschäfte von Biden an Harris bereits zur Hälfte der Amtszeit für wahrscheinlich hielten. Doch Kamala Harris blieb während der Amtszeit von Joe Biden sehr blass, sodass ihre Chancen auf eine künftige Präsidentschaft immer weiter sanken. Zudem scheiterte sie bei der Bewältigung der undankbaren Aufgabe, den wachsenden Zustrom von Migranten über die mexikanische Grenze zu begrenzen. Insofern ist die Kandidatur von Harris inzwischen keine folgerichtige Idealbesetzung mehr, sondern kann als Notlösung bezeichnet werden. Dass die Wahl innerhalb der demokratischen Partei womöglich auf sie fällt und nicht auf einen ihrer parteiinternen Mitbewerber, dürfte auch mit einigen rechtlich-administrativen Dingen zu tun haben, die es der amtierenden Vize-Präsidentin erheblich leichter macht, den bereits laufenden Wahlkampf fortzuführen.

Die Personalrochade bringt noch einmal Bewegung in den Wahlkampf. Joe Biden schien nach seinen gesundheitlichen Problemen und den mehrfachen Aussetzern in der ersten TV-Debatte mit Donald Trump und bei weiteren Anlässen nahezu chancenlos. Das Attentat auf Donald Trump hatte dessen Favoritenrolle noch vergrößert. Doch mit Blick auf die Prognosemärkte ist das Rennen noch nicht gelaufen. Dies gilt sowohl für das Amt des Präsidenten als auch für die Mehrheitsverhältnisse in den beiden Kammern im Kongress. Die Siegwahrscheinlichkeit für Donald Trump liegt aktuell bei rund 60%, für Kamala Harris bei rund 30%. Die Wahrscheinlichkeit für eine republikanische Mehrheit im Senat liegt bei rund 75%; im Repräsentantenhaus haben aktuell die Demokraten wieder leicht die Nase vorn.

Der Ausgang der Wahlen im November hat zuvorderst aussenpolitische Bedeutung. Die Demokraten stehen für eine Fortsetzung der transatlantischen Beziehungen in den gewohnten Bahnen, für ein festes Bekenntnis zur NATO und für die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland. Donald Trump und sein frisch gekürter Vize J.D. Vance stehen für eine härtere Haltung gegenüber den NATO-Partnern, von denen sie innerhalb des Verteidigungsbündnisses ein deutlich höheres finanzielles Engagement verlangen. Die feste Unterstützung der Ukraine und derer Verteidigungsziele steht auf wackeligen Beinen, da Donald Trump angekündigt hat, die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch bringen zu wollen. Was davon Wahlkampfretorik und was wirklich ernst gemeint ist, lässt sich schwer abschätzen. Für Europa bzw. die Europäische Union wäre eine Trump-Regierung wohl abermals eine grosse Herausforderung.

Wirtschaftspolitisch würde es bei einer neuen Amtszeit von Donald Trump im Vergleich zu 2016 wohl weniger disruptive Elemente geben. Seine Abwendung vom Freihandel («America first») und die harte Haltung gegen China wurden damals als Tabubrüche empfunden. Diese handelskritische Haltung hat nicht nur die Biden-Administration übernommen, auch international gilt die Abkehr vom Freihandel als salonfähig. Auch das Comeback einer einst verschmähten strategischen Industriepolitik zum Schutz der eigenen Wirtschaft wird in Europa mittlerweile vielfach als Selbstverständlichkeit gesehen. Unabhängig vom Ausgang der Wahl dürften die USA ihre laxen Finanzpolitik weiter fortsetzen und die Staatsschulden weiter in die Höhe treiben. Unter der Oberfläche verbergen sich dabei aber grosse Unterschiede. Die Demokraten würden die Defizite tendenziell über höhere Staatsausgaben in die Höhe treiben, während die Republikaner den Staatshaushalt eher über nicht gegenfinanzierte Steuersenkungen belasten würden. Die Demokraten setzen hingegen auf höhere Steuern, die aufgrund ihrer negativen Leistungs- und Investitionsanreize nicht die erwünschten Mehreinnahmen bringen dürften.

Insgesamt lassen sich die unterschiedlichen Pläne der beiden Parteien überwiegend so einordnen, wie es ihren wirtschaftspolitischen Traditionen entspricht. Die Demokraten würden stärker auf Umverteilung setzen und dafür eine stärkere Belastung der Wirtschaft in Kauf nehmen. Die Republikaner setzen auf wirtschaftsfreundliche Massnahmen. Das Programm der Republikaner ist «Pro Business», aber nicht unbedingt «Pro Market», wie die ablehnende Haltung gegenüber dem Freihandel zeigt.

Zudem wäre unter Donald Trump in der Umweltpolitik eine erneute Kehrtwende zu erwarten. Das hätte vor allem Implikationen für die Energiewirtschaft, denn Donald Trump ist offen für fossile Energien. Auch dieses Themenfeld dürfte zu weiteren Spannungen im transatlantischen Verhältnis führen.





Disclaimer

Die Bergos AG, die sich jüngst von der Berenberg-Gruppe gelöst und mit neuen Partnern etabliert hat, ist eine unabhängige Schweizer Privatbank mit Hauptsitz in Zürich und einer Niederlassung in Genf. Hervorgegangen aus der 1590 gegründeten Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG ist sie seit über dreissig Jahren für internationale Privatkunden und Unternehmer auf dem Finanzplatz Schweiz aktiv. Die Schweizer Privatbank ist auf Vermögensverwaltung und Vermögensbetreuung spezialisiert. Für die über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht die Beratung in allen bekannten liquiden und nicht-liquiden Assetklassen, sowie in Alternative Investments wie Real Estate, Private Equity oder Kunst im Vordergrund. Unternehmerischen Kundinnen und Kunden eröffnet sie Zugang zu M&A und weiteren Corporate Finance-Dienstleistungen. Die Bergos AG bietet Privatkunden, Unternehmern und deren Familien eine ganzheitliche, mehrere Generationen übergreifende Betreuung, die neben Anlageempfehlungen auf Sicherheit, Neutralität, Internationalität und Weltoffenheit abzielt.

Diese Publikation dient ausschliesslich zu Informations- und Marketingzwecken. Die bereitgestellten Informationen sind nicht rechtsverbindlich und stellen weder Finanzanalysen, noch einen Verkaufsprospekt, ein Angebot für Investmenttransaktionen, eine Vermögensverwaltung oder eine Anlageberatung dar und ersetzen keine rechtliche, steuerliche oder finanzielle Beratung.

© Copyright Bergos AG.
Alle Rechte vorbehalten.